

# cepInterview

Nr. 1 | 2026

31. März 2026

## Enrico Letta: „Regulatorische Vereinfachung ist der beste Weg zur europäischen Integration“



**Der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta ist durch seinen Bericht über die Zukunft des Binnenmarktes zu einer prägenden Stimme der europäischen Politik geworden. Im Interview mit dem wissenschaftlichen Direktor des Centro Politiche Europee, Prof. Dr. Andrea De Petris, spricht er über die zentralen politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen Europas.**

Letta betont, dass die vier Grundfreiheiten den Anforderungen einer zunehmend digitalen und innovationsgetriebenen Wirtschaft nicht mehr gerecht werden. Daher plädiert er für die Einführung einer „fünften Freiheit“ für Forschung, Innovation, Daten, Kompetenzen und Wissen. Ziel ist es, bestehende Fragmentierungen zu überwinden und Europas Wettbewerbsfähigkeit sowie strategische Autonomie nachhaltig zu stärken – und das ohne eine Änderung der EU-Verträge.

Darüber hinaus schlägt er ein optionales „28. Regime“ vor, das parallel zu den nationalen Systemen bestehen soll. Dieses würde Unternehmen ermöglichen, unter einem einheitlichen europäischen Rahmen zu agieren, ohne die Souveränität der Mitgliedstaaten infrage zu stellen. Letta ist überzeugt, dass sich ein solcher pragmatischer Ansatz langfristig etablieren könnte.

**Herr Letta, in Ihrem Bericht schlagen Sie die Einführung einer fünften Grundfreiheit für Forschung, Innovation, Daten, Kompetenzen und Wissen vor. Warum ist das so wichtig? Müssen die europäischen Verträge geändert werden, um dies zu erreichen?**

Die Einführung dieser „fünften Freiheit“ ist von grundlegender Bedeutung, da die vier traditionellen Freiheiten, d. h. der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital, der Komplexität der europäischen und globalen Wirtschaft kaum noch gerecht werden. Als der Binnenmarkt vor mehr als dreißig Jahren geschaffen wurde, konnten diese vier Kategorien die Gesamtheit der Produktionsfaktoren und der innerhalb des Binnenmarktes gehandelten Produkte wirksam erfassen. Heute ist dies nicht mehr der Fall. In den letzten Jahrzehnten haben die digitale und technologische Komponente eine immer wichtigere Rolle bei der Schaffung von wirtschaftlichem und sozialem Wert übernommen. Dennoch blieben die Faktoren, die Innovation ermöglichen, am Rande des Rahmens des Binnenmarktes. Dies hat dazu geführt, dass sich die Hindernisse, für den freien Verkehr auf europäischer Ebene, vervielfacht haben. Diese Fragmentierung benachteiligt uns in Bezug auf Wachstum und Innovation und stellt somit eine direkte Bedrohung für die Sicherheit und strategische Autonomie Europas dar. Die Umsetzung der „fünften Freiheit“ würde es ermöglichen, all diese kritischen Punkte anzugehen, ohne dass eine Überarbeitung der europäischen Verträge erforderlich wäre. Titel XIX des AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) bietet nämlich eine solide Rechtsgrundlage für entsprechende Maßnahmen.

**Ihr Vorschlag für ein virtuelles 28. Regime, das Handels- und Unternehmensaktivitäten fördert und die Barrieren der 27 nationalen Handels- und Steuersysteme überwindet, würde dem Binnenmarkt mit Sicherheit einen starken Impuls verleihen. Wie kann jedoch der Widerstand der 27 Mitgliedstaaten überwunden werden? Sie wären kaum bereit, ihre nationalen Systeme aufzugeben.**

Der Schlüssel zum 28. Regime liegt darin, dass es die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichtet, ihre nationalen Systeme aufzugeben. Der Vorschlag betrifft ein optionales Regime, das zu den nationalen Systemen hinzukommen würde, ohne diese zu ersetzen. Ich bin überzeugt, dass gerade dieser pragmatische Ansatz, der eine zusätzliche Möglichkeit bietet, ohne die Vorrechte der Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen, die Realisierbarkeit des Vorschlags gewährleistet. Ich bin aber auch überzeugt, dass sich ein gut durchdachtes 28. Regime mit der Zeit sowohl bei den Regierungen als auch bei den Unternehmen durchsetzen und somit als Referenzsystem etablieren könnte.

**Kürzlich hat Mario Draghi einen „pragmatischen Föderalismus“ gefordert, um die EU zu einer echten geopolitischen Macht zu machen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie bilaterale Abkommen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten zu bewerten sind. Tragen sie wirklich zur Entwicklung der Union bei, oder können sie zu einem Hindernis für eine echte föderale Dimension Europas werden?**

Dies hängt maßgeblich von der Ausgestaltung der bilateralen Abkommen ab. Unter den richtigen Bedingungen können sie dem europäischen Projekt neuen Schwung verleihen und eine absolut positive Rolle spielen. Ein gutes Beispiel dafür, wie bilaterale Abkommen perfekt mit einem multilateralen Rahmen koexistieren können, bietet der Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO sieht ein für alle Mitgliedsländer verbindliches Regelwerk vor, ermöglicht aber auch den Abschluss bilateraler oder regionaler Abkommen zwischen Ländern, die ihre wirtschaftliche Integration weiter vertiefen möchten. Dieser Ansatz hat sich als positiv erwiesen, da die bilateralen Abkommen den gemeinsamen Regelungsrahmen nicht infrage gestellt, sondern vielmehr dessen Grundlage gebildet haben. Mit den entsprechenden Anpassungen ist dies ein Modell, das auch in Europa gelten kann.

**Mit dem zu Jahresbeginn in Rom unterzeichneten Abkommen begründen Italien und Deutschland eine potenziell neue und starke Partnerschaft. Es ist von einer verstärkten Zusammenarbeit in strategischen Bereichen wie Verteidigung, Künstliche Intelligenz und Raumfahrt die Rede. Welche Folgen hat dieses Abkommen für den europäischen Integrationsprozess? Hat Italien damit Frankreich als privilegierten Partner Deutschlands abgelöst? Und wie würde sich dies auf den Einfluss Frankreichs auf europäischer Ebene auswirken?**



*„Wenn wir von ‚digitaler Souveränität‘ sprechen, dann meinen wir die Fähigkeit Europas, eigene Optionen ‚Made in EU‘ einzusetzen“*

Wie bereits erwähnt, können bilaterale Abkommen dem europäischen Integrationsprozess einen wichtigen Impuls geben. So würde ich auch das zwischen Italien und Deutschland unterzeichnete Abkommen interpretieren, zumal es verschiedene Bereiche betrifft, in denen eine tiefere europäische Dimension absolut wünschenswert ist,

die jedoch noch aufgebaut werden muss. Ich würde dieses Abkommen jedoch nicht als Konkurrenz zu den historischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland betrachten. Vielmehr gibt es meiner Meinung nach einen erheblichen Spielraum für die Stärkung der trilateralen Zusammenarbeit zwischen Italien, Frankreich und Deutschland. Italien hat mit Frankreich im Jahr 2021 den Quirinal-Vertrag und mit Deutschland im Jahr 2023 einen Aktionsplan unterzeichnet, zusätzlich zu dem im Januar dieses Jahres unterzeichneten Abkommen. Der institutionelle Rahmen für die Förderung des Dialogs ist also vorhanden. Ebenso scheint der Wille vorhanden zu sein, eine Gruppe von Ländern zu bilden, die bei strategischen Wirtschaftsthemen – angefangen bei Finanzthemen – eine Vorreiterrolle übernimmt.

**Eines der Ziele, das Sie der EU nachdrücklich empfohlen haben und das offenbar angenommen wurde, ist die Beseitigung regulatorischer Hindernisse für das Wachstum. Besteht die Gefahr, dass diese Entbürokratisierung zu einer schleichenden Abkehr vom Kampf gegen den Klimawandel führt, wie er im Green Deal von 2019 beschlossen wurden? Wie lassen sich beide Ziele miteinander vereinbaren, ohne eines davon zu opfern?**

Zu diesem Thema hebe ich in meinem Bericht zwei grundlegende Punkte hervor. Erstens ist der ökologische Wandel ein strategisches Ziel der Europäischen Union, bei dem wir uns keine Rückschritte leisten können. Der zweite Punkt ist, dass der beste Weg zur Vereinfachung der Regulierung die europäische Integration ist. Sie ermöglicht den Übergang von einem unübersichtlichen Flickenteppich aus 27 nationalen Vorschriften zu einer einzigen europäischen Vorschrift. Werden diese beiden Aspekte berücksichtigt, bieten sie einen konkreten Weg, um Vereinfachung und Klimaschutz miteinander zu verbinden.

**Angesichts der langsamen Fortschritte beim Digital Networks Act (DNA): Welche konkreten politischen Hebel müssen die EU-Institutionen Ihrer Meinung nach ansetzen, um die von Ihnen geforderte Konsolidierung und Modernisierung des europäischen Telekommunikationssektors umzusetzen?**

Mit dem DNA hat die Kommission eine ehrgeizige und strukturierte Reform des Telekommunikationssektors vorgelegt. Mehrere Punkte verdienen eine eingehende Diskussion, doch die Richtung muss klar

sein: Der DNA muss schnell und ohne Schwächung seiner strategisch wichtigsten Aspekte verabschiedet werden. Der Schlüssel zur Modernisierung des Sektors liegt jedoch in einem umfassenden Ansatz. Die Europäische Union muss deshalb gleichzeitig am Digital Networks Act, am Cybersecurity Act 2.0 und an der Überarbeitung der Leitlinien für Unternehmenszusammenschlüsse arbeiten. Dabei muss sie sicherstellen, dass diese drei Gesetzgebungen in ihrem Ansatz und ihrem Zeitplan für die Verabschiedung aufeinander abgestimmt sind. Andernfalls laufen wir Gefahr, einen unvollständigen oder sogar widersprüchlichen Rechtsrahmen zu erhalten. Genau hier liegt heute das größte politische Hindernis. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder scheinen zwar von der Notwendigkeit einer Strukturreform des Telekommunikationssektors überzeugt zu sein, sie müssen sich jedoch persönlich des Dossiers annehmen, um dessen Kohärenz zu gewährleisten. Wenn sie die Arbeit an den verschiedenen Gesetzgebungen hingegen unterschiedlichen Fachstellen überlassen, besteht die Gefahr, dass das Endergebnis weit hinter den Erwartungen zurückbleibt und den unternommenen Anstrengungen nicht gerecht wird.

**Derzeit dominiert die Debatte über die „digitale Souveränität“ die europäische Digitalpolitik. Gleichzeitig kritisieren Sie in Ihrem Bericht über den Binnenmarkt die Fragmentierung der europäischen Märkte und fordern eine stärkere Integration. Inwieweit wird die europäische Souveränität in Zukunft von einem digitalen Binnenmarkt abhängen?**

Derzeit ist die Europäische Union in vielen Bereichen vollständig von im Ausland entwickelten Technologielösungen abhängig. Wenn wir von „digitaler Souveränität“ sprechen, dann meinen wir die Fähigkeit Europas, eigene Optionen „Made in EU“ einzusetzen, sofern es keine glaubwürdigen Alternativen zu den Produkten und Dienstleistungen der US-amerikanischen oder chinesischen Giganten gibt. Europäische digitale Lösungen können sich jedoch nur entwickeln, wenn ihnen ein europäischer digitaler Binnenmarkt zur Verfügung steht. In diesem Sinne ist dessen Aufbau nicht nur eine Frage des Wirtschaftswachstums, sondern auch der digitalen Souveränität und Sicherheit. Der Vorschlag einer „fünften Freiheit“ des Binnenmarktes geht genau in diese Richtung und zeigt, wie wichtig seine tatsächliche Verwirklichung für die Verteidigung der Werte und Interessen der Europäischen Union ist.

*Enrico Letta, geboren am 20. August 1966 in Pisa, begann seinen politischen Werdegang in den späten 1990er-Jahren mit verschiedenen Ministerämtern, darunter für Europäische Angelegenheiten und Industrie. Von April 2013 bis Februar 2014 führte er als italienischer Ministerpräsident eine Große Koalition an. Sein 2024 veröffentlichter Bericht „Much More than a Market“, festigte seinen Ruf als zentraler Berater der EU-Institutionen, insbesondere zu Fragen der Reform des Binnenmarktes und der Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Seit November 2024 leitet er als Dekan die IE School of Politics, Economics and Global Affairs in Madrid und Segovia.*



**Prof. Dr. Andrea De Petris**

Wissenschaftlicher Direktor Centro Politiche Europee

[depetris@cep.eu](mailto:depetris@cep.eu)

**Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN

Kaiser-Joseph-Straße 266 | D-79098 Freiburg

Schiffbauerdamm 40 Räume 4205/06 | D-10117 Berlin

Tel. + 49 761 38693-0

**Centro Politiche Europee** ROMA

Via A. Brunetti, 60 | I-00186 Roma

Tel. +390684388433

Das **Centrum für Europäische Politik** FREIBURG | BERLIN, das **Centre de Politique Européenne** PARIS, und das **Centro Politiche Europee** ROMA bilden das **Centres for European Policy Network** FREIBURG | BERLIN | PARIS | ROMA.

Das gemeinnützige Centrum für Europäische Politik analysiert und bewertet die Politik der Europäischen Union unabhängig von Partikular- und parteipolitischen Interessen in grundsätzlich integrationsfreundlicher Ausrichtung und auf Basis der ordnungspolitischen Grundsätze einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung.